

---

SVP Kanton Solothurn

Departement des Innern  
Ambassadorshof  
Riedholzplatz 3  
CH-4509 Solothurn

06.06.2023

## **Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege - Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

In vorgenannter Sache nehmen wir Bezug auf Ihr Schreiben und danken Ihnen für die Gelegenheit, nachfolgend unsere Stellungnahme abgeben zu dürfen.

### **Grundsätze**

Die Volksabstimmung zum genannten Geschäft erfordert eine Umsetzung des entsprechenden Auftrags. Nach Meinung der SVP Kanton Solothurn liegt das Grundübel im Gesundheitswesen aber in falschen Anreizen sowie ausufernden Leistungen. Es ist darum falsch, bestehende Probleme im Gesundheitswesen mit gewerkschaftlichen Ansätzen und ausufernden administrativen Vorschriften lösen zu wollen. Diese werden die Probleme auf Dauer nur noch zusätzlich verschärfen, aber sicher nicht lösen. Bei der vorliegenden Umsetzung kommen aus unserer Sicht ausserdem marktwirtschaftliche und regionalpolitische Aspekte zu kurz.

Aufgrund des immer wieder monierten Fachkräftemangels sollte es im Interesse der Gesundheitsanbieter sein, selbständig für genügend ausgebildetes Personal zu sorgen, führt doch deren Fehlen zu Umsatz- und Gewinnausfällen; man siehe dazu die Medienmitteilung der SOH vom April 2023. Es ist darum nicht einleuchtend, warum der Kanton finanzielle Unterstützung gewähren muss, damit Unternehmen sicherstellen, dass genügend und für den Geschäftserfolg notwendiges Personal vorhanden ist. Mit den nun angestossenen Scheinlösungen werden längst fällige Reformen im Gesundheitswesen zusätzlich blockiert. Der Fokus liegt viel zu sehr auf dem Pflegepersonal und zu wenig auf marktwirtschaftlichen Konzepten, was eine Überprüfung des Leistungskatalogs sowie die Beseitigung bestehender Fehlanreize und bürokratischer Korsette miteinschliessen würde. Wenn dann noch Ärzte oder das Versicherungs- und Spitalmanagement sowie gewisse Spezialisten weiterhin Millionensaläre erzielen und grundsätzlich überflüssige Operationen und Behandlungen durchgeführt werden können, dann wird das Pflegepersonal auch weiterhin unzufrieden und überfordert sein, und die gewünschte Nachwuchsförderung wird keine Früchte tragen.

Zudem ist eine isolierte, nur auf den Kanton Solothurn fokussierte Umsetzung nicht zielführend. Der Kanton Solothurn ist mit Ausnahme der Stadt Solothurn Teil unterschiedlichster Regionen: Nordwestschweiz, Aarau-Zürich, Biel und Bern. Die Angebote und Regulierungen sind mit diesen Regionen zu koordinieren und abzustimmen, um eine Insellösung zu verhindern.

### Im Detail

- Es ist falsch, bestehende Probleme im Gesundheitswesen mit gewerkschaftlichen Ansätzen lösen zu wollen. Das Grundübel im Gesundheitswesen liegt in falschen Anreizen sowie völlig ausufernden Leistungen.
- Der Bund und der Kanton Solothurn lehnen sich an die Massnahmen des Kantons Bern an. Wir hoffen, dass diese Massnahmen erfolgreich sind und der Kanton Bern bereits erste Erfolge damit ausweisen kann. Falls nein, müssten sie auch nicht kopiert werden. Der Kanton wird aufgefordert, diese Erfolgskontrolle vorzunehmen und falls nötig Korrekturen vorzunehmen.
- Aus der Vorlage geht nicht hervor, wie stark die Kosten im Vergleich zur heutigen Situation ansteigen werden. Es werden nur die neuen Gesamtkosten genannt, obwohl bereits heute Gelder fließen. Wir sind der Meinung, dass nur die zusätzlichen Kosten zwischen Gemeinden und Kantonen zum genannten Schlüssel aufgeteilt werden sollen, ansonsten ein Kostentransfer zu den Gemeinden erfolgt.
- Die Ausbildungsaufgaben müssen auf kleinere Anbieter und Unternehmen mit Tätigkeiten in mehreren Kantonen Rücksicht nehmen. Werden zu strenge Korsetten verordnet oder die interkantonale Tätigkeit von Leistungsanbietern nicht berücksichtigt, ziehen sich diese Unternehmen aus dem Solothurner Markt zurück. Sie werden sich auf die lukrativeren grösseren Märkte beschränken. Das wird sowohl dem Qualitäts- wie auch dem Kostenwettbewerb abträglich sein.
- Die zusätzlich anfallenden Ausbildungskosten sind unseres Erachtens nur rudimentär ausgewiesen. Zudem ist nicht klar, wie die interkantonalen Verrechnungen vorgenommen werden sollen resp. wie die Angebote kostensenkend mit anderen Kantonen koordiniert werden könnten.
- Wie die geplanten Änderungen für den Kanton, die Regionen sowie für das Personal langfristig von Nutzen sein sollen, ist nicht ersichtlich.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse  
SVP Kanton Solothurn

Nationalrat Christian Imark  
Präsident

Thomas Giger  
Kantonsrat